

# Not als politische Waffe

Eine Filmszene: Die sowjetische Sekretärin begegnet dem jungen Briten, der vor ihr steht, mit einem kühlen Blick. Wir schreiben das Jahr 1932; der Waliser Gareth Jones, freiberuflich tätiger Journalist, will ein Visum beantragen. Er will zur Zeit Stalins das geheimnisvolle Sowjetreich erkunden. „Wer bezahlt Ihre Reise?“, fragt die Botchaftssekretärin. „Ich selbst“, antwortet Jones. „Sie sind also gar kein Journalist“, sagt die Dienerin des Staates, in dem es nur staatlich bezahlte Schreiber gibt, „Sie wollen erst Journalist werden.“ Der junge Strubbelkopf wirkt entmutigt. Aber dann erwidert er: „Ich habe Hitler interviewt. Und ich habe vor, Stalin zu interviewen.“

Diesen Gareth Jones, geboren 1905, hat es gegeben. Er durfte im Februar 1933 den Reichskanzler im Flugzeug von Berlin zu einem umjubelten Auftritt in Frankfurt am Main begleiten. „Ein paar Schritte von mir“, notiert er, „sitzt der Führer des erwachenden explosivsten Nationalismus, den die Welt gesehen hat.“ Wenig später ist der Cambridge-Absolvent auf dem Weg nach Moskau. Jones geht Gerüchten über eine gewaltige Hungersnot nach. Er fährt in einem Luxuszug, von einem staatlichen „Betreuer“ begleitet, in die Ukraine; dann entwischt er und steigt in einen Regionalzug voller apathischer, hungernder Menschen. Er wird Zeuge, wie Dorfbewohner sich auf ein Getreidepaket stürzen und unter Schüssen

## War die große Hungerkatastrophe der dreißiger Jahre in der Ukraine als Massenmord geplant?

Von Gerhard Gnauck, Warschau

zusammenbrechen; er sieht verhungern- de Kinder.

Derweil feiert der alternde Platzhirsch der westlichen Korrespondenten, Walter Duranty von der „New York Times“, auf einer Party mit Prostituierten in Moskau den Höhepunkt seiner Karriere. Er und seine Kollegen attackieren Jones, versuchen mit einigem Erfolg, seinen Ruf zu ruinieren und damit ihre Posten zu retten. „Niemand stirbt vor Hunger“, schreibt Duranty 1933, „es gibt nur eine verbreitete Sterblichkeit aufgrund von Krankheiten durch Unterernährung.“

All das ist in dem Film „Mr. Jones“ zu sehen, der gerade in der Ukraine und Polen und bald in weiteren zwanzig Ländern in die Kinos kommt. Agnieszka Holland hat ihn gedreht; zuvor hatte sie den Briten, dem manche NS-Freundlichkeit unterstellten, unter die Lupe genommen: „Jones hat in Hitlers Charisma und Ambitionen eine große Gefahr für Europa gesehen und früh vor ihm gewarnt“, sagt sie dieser Zeitung. Die streitbare Polin, seit vierzig Jahren im Filmgeschäft, wurde mit „Hitlerjunge Salomon“ bekannt, hat aber auch in der dritten Staffel von „House of Cards“ Regie geführt. Ihren Film (mit James Norton als Jones und dem überzeugenden Peter Sarsgaard als Duranty) kann man als Beitrag zur Debatte um Fake News lesen. Im Ab- spann heißt es: „Der Pulitzer-Preis wurde Duranty bis heute nicht aberkannt.“

Gareth Jones wurde auf einer Recherche- reise 1935 ermordet, möglicherweise mit Beihilfe sowjetischer Agenten. Bis vor kurzem war er fast vergessen; in seinem Heimatort hängt eine Gedenktafel für seinen Vater, der dort Schuldirektor war. In Polen hat der Journalist Mirosław Wleki gerade ein Buch über ihn geschrieben und dafür seine Berichte aus Deutschland und der Sowjetunion gesichtet („Gareth Jones. Der Mann, der zu viel wusste“, Verlag Żnak, Krakau). Die Ukraine hatte ihm 2008 postum einen Orden verliehen.

Dort ist der Holodomor, das „Hunger- sterben“, wie die Katastrophe genannt wird, nicht vergessen. Jedes Jahr am vier- ten Samstag im November wird seiner ge- dacht. Diesmal sprach aus diesem Anlass Wolodymyr Selenskyj, der Schauspieler, der zum Staatspräsidenten wurde. Er sprach vor der Holodomor-Gedenkstätte neben dem mittelalterlichen Höhlenklo- ster in Kiew: Der „Genozid des totalitären Stalin’schen Regimes am ukrainischen Volk“ sei nach den Opferzahlen nur ver- gleichbar mit dem Zweiten Weltkrieg: „Wir können das nicht vergessen. Und wir können das nicht verzeihen.“

Während in Paris und Berlin Lebens- mittel aus der Ukraine angeboten wur-

den, der „Kornkammer Europas“, starben von 1931 bis 1934 in der Sowjetunion min- destens fünf Millionen Menschen an Hun- ger, darunter mindestens 3,9 Millionen Ukrainer, aber auch – weiter östlich – Kas- sachen, Russlanddeutsche und Russen. Diese Zahlen nennt die Historikerin Anne Applebaum in ihrem fundamenta- len Buch „Roter Hunger“ (Siedler, 2019). Die Not begann mit der brutalen Kollekti- vierung der Landwirtschaft. Sie wurde verschärft durch die Exporte, die dem Staat Devisen einbrachten. Am Ende durchstießen die Sicherheitskräfte die Dörfer und beschlagnahmten alles, was noch essbar war. Manchen Menschen blieb nichts anderes übrig, als Baumrinde zu essen oder zu Kannibalen zu werden. Derweil warnte Stalin seine Mitstreiter davor, die Ukraine zu „verlieren“, und wet- terte, „antisowjetische Elemente“, Getrei- dediebe, sollten zum Tode verurteilt wer- den. Wenig später begannen die Verfol- gung der ukrainischen Eliten und eine weitgehende Russifizierung. Wie im Za- renreich galten die Ukrainer, die größte Minderheit im Staat, als besonders gefähr- lich. All das veranlasste den Juristen Ra- phael Lemkin, der den Begriff des Geno- zids prägte, den Holodomor als ein „klas- sisches Beispiel“ dafür zu bezeichnen, zu- mal nicht nur Menschen, sondern auch „Kultur und Volk“ der Ukraine zerstört worden seien. Zwar wird der Begriff des Genozids heute enger gefasst als zu Zei- ten Lemkins, doch die Diskussion über den Fall Ukraine geht weiter.

Das Thema beschäftigt auch den Bun- destag. Proukrainische Aktivisten in Deutschland haben mehr als 70 000 Un- terschriften unter ihrer Petition Nr. 89118 versammelt („Anerkennung des Holodo- mor 1932–1933 in der Ukraine als Geno- zid“). Der Deutsche Bundestag möge an- erkennen, so wie „23 Regierungen ander- er Länder dieser Welt“, dass diese geplan- te Gewaltmaßnahme ein Genozid gewe- sen sei. Jetzt müssen sich die Fraktionen dazu verhalten und Experten anhören. Den Anfang machte ausgerechnet die eher russlandfreundliche AfD, wohl wis- send, dass die Genozid-These im heuti- gen Moskau auf scharfen Widerspruch stößt. Der Osteuropa-Historiker Gerhard Simon sagte im Bundestag, eine Anerken- nung als Völkermord „bedeutet eine Ver- neigung vor den Opfern eines Mensch- heitsverbrechens und die Distanzierung vom mörderischen Regime Stalins“.

Jetzt wäre die 2015 gegründete Deutsch-Ukrainische Historikerkommissi- on gefragt. Aber die Genozid-Debatte dul- det kein nüchternes Abwägen: Kiwos Bot- schafter in Berlin, Andrij Melnyk, hat im Oktober vor allem die ukrainischen Mit- glieder der Kommission wegen angeblich- er Passivität in dieser Frage öffentlich attackiert und den Ko-Vorsitzenden Jaros- law Hryzak zum Rücktritt aufgefordert. Darauf gab Professor Hryzak zurück, das sei nicht die Zuständigkeit des Botscha- fters. Die deutschen Fachkollegen hätten „Zweifel“, ob der Genozidbegriff für die- sen Fall geeignet sei. Anschließend schrie- ben die sieben ukrainischen Mitglieder, sie selbst seien Anhänger der Genozid- These. Der Holodomor, der Holocaust und andere genozidale Akte seien „univer- sal für die Verinnerlichung und Verteidi- gung der Werte, auf denen die moderne europäische Zivilisation beruht“. Den Massenmord als Genozid anzuerkennen könne eine Barriere bilden gegen eine mögliche Wiederholung der Geschichte.

nces with  
nd longtime

ogiers

plantation  
organization  
nally.

aretaker of  
onate and  
sion.

diviser, and  
ll miss his  
tentiveness  
ons.

g personality  
ransplantation

ransplant